

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/92

16. Mai 1972

Eine Koalition der Vernunft in Bayern

Ziel: Veränderung der politischen Landschaft

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Oberbürgermeister von München und Landes-  
vorsitzender der SPD in Bayern

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Kohlesorgen an der Saar

Vor schwierigen deutsch-französischen  
Verhandlungen

Von Alwin Brück MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Das Werk von Kriminellen

Zu den Bombenanschlägen in Frankfurt und  
Karlsruhe

Seite 5 / 34 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 846 / 686 847/  
866 846 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Eine Koalition der Vernunft in Bayern

Ziel: Veränderung der politischen Landschaft

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Oberbürgermeister von München und  
Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Die bayerischen Sozialdemokraten haben sich die Aufgabe gestellt, den Abstand ihres Stimmenanteils gegenüber dem Bundesdurchschnitt der SPD wesentlich zu verkürzen. Wir wissen, daß dies für den Ausgang der nächsten Bundestagswahlen von großer Bedeutung sein kann. Wir wissen aber auch, daß diese Aufgabe schwer ist. Wir stehen in Bayern einer Übermächtigen, durch lange Machtausübung übermütig und unbeweglich gewordenen CSU gegenüber. Einer Partei, die die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat, die das sich immer mehr beschleunigende Tempo der Entwicklung nicht wahrhaben will und die nicht sieht, daß sie ständig sozialen Sprengstoff anhäuft, von dem die radikalen Fanatiker bedenkenlos Gebrauch machen.

Um die politische Landschaft in Bayern zu verändern, um die CSU in ihre Schranken zu verweisen, brauchen wir Sozialdemokraten neue Kräfte, neue Mitglieder, neue Wähler. Der Rückstand der SPD in Bayern ist historisch bedingt. In den letzten zwei Jahrzehnten ist zwar eine strukturelle Wendung eingetreten. Bayern ist längst kein Bauernland mehr. Die größte Wählergruppe stellen aber nach wie vor die Bewohner der Gemeindegrößeklasse von unter 2.000 Einwohnern. Der Anteil der Großstadtbevölkerung ist geringer als in den anderen Ländern der Bundesrepublik.

Die Änderung der sozialen Struktur hat nicht im gleichen Verhältnis das Bewußtsein der Menschen verändert. Viele Vorurteile gegenüber den Sozialdemokraten sind erhalten geblieben oder werden nur langsam abgelegt. Die CSU verteidigt ihre politische Vorherrschaft nahezu ausschließlich damit, daß sie mit allen Mitteln versucht, diese Vorurteile und Vorbehalte vieler Bürger gegenüber der SPD immer wieder zu festigen. Daraus ergibt sich auch die Rolle der CSU als reaktionärster Teil des deutschen Bundestages.

Diese politische Strategie der CSU-Leitung ist aber zugleich

ihre größte Schwäche, denn sie ist rein defensiv. Die CSU hat sich damit dazu verdammt, auf die Fragen von heute immer wieder die Antworten von gestern zu geben.

Wir bemühen uns deshalb in Bayern, eine breite Koalition der Vernunft und des Fortschrittes aufzubauen. Es geht dabei vorwiegend um drei große Gruppen:

Die Arbeitnehmer, die immer deutlicher erkennen, wer ihre Interessen wirklich vertritt;

die Intelligenz unseres Landes, die begonnen hat, aus dem elitären Elfenbeinturm hervorzutreten. Die sich mehr und mehr engagiert und dabei lernt, daß die Wirklichkeit nicht allein durch progressive Papiere, sondern nur durch die zähe tägliche politische Praxis verändert werden kann;

die Christen, die die Grundsätze ihrer Religion nicht als erstarrte Konvention - als eine Art bürgerliches Brauchtum - sondern als Verpflichtung zum Handeln, zum sittlich-ethischen Tun betrachten. Auch deren Zahl wächst. Gerade in diesen Tagen empfinden immer mehr Tatchristen den Widerspruch zwischen Anspruch und Verhalten der Partei als unerträglich, die in pharisäerhafter Weise das Prädikat "christlich" in ihrem Namen führt.

Ansätze einer solchen Koalition der Vernunft sind in Bayern schon sichtbar. Bei den Ostverträgen zum Beispiel, aber auch im Bürgerkomitee "Rundfunkfreiheit", das ein Volksbegehren zum Schutz des bayerischen Rundfunks vor Parteipolitisierung und Kommerzialisierung in Gang gebracht hat.

Die Sozialdemokraten in Bayern werden sich aber nur dann durchsetzen können, wenn sie darauf achten, daß ihre Glaubwürdigkeit nicht aus den eigenen Reihen heraus in Frage gestellt wird. Diskussionen und Auseinandersetzungen sind selbstverständlich kein Unglück, solange die Grenzen des Godesberger Programmes beachtet werden. Wer sie überschreitet, hilft der CSU bei ihrem Gewerbe, Angst zu verbreiten und im abschwellen begriffene Vorbehalte und Vorurteile wieder zu beleben. Der letzte Landesparteitag der SPD in Bayern hat deutlich gezeigt, daß die Partei ihre Aufgabe erkannt hat und zum Angriff bereit ist. (-/ex/16.5.1972/ks)

Kohlesorgen an der Saar

Vor schwierigen deutsch-französischen Verhandlungen

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als im Jahre 1956 über die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland zwischen Bonn und Paris verhandelt wurde, bestanden die Franzosen darauf, daß sie auch nach einer Auflösung der Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und dem Saarland an der saarländischen Kohleförderung teilhaben, zumal der Kohlereichtum des Saarlandes stets Hauptmotiv für Frankreich war, das Land wenn schon nicht politisch, so doch wenigstens wirtschaftlich an sich zu binden.

So wurde denn auch im Saarvertrag vereinbart, daß bis einschließlich 1981 ein Drittel der saarländischen Kohleproduktion auf alle Fälle nach Frankreich geliefert werden mußte, unabhängig von anderen deutschen Kohlelieferungen. Entsprechende Liefer- und Abnahmevereinbarungen zu Listenpreisen zwischen den zuständigen Stellen wurden getroffen.

Was jedoch 1956 zu Zeiten weltweiter Kohleknappheit für Frankreich ein Segen war, erwies sich schon nach wenigen Jahren als Last, als aus dem Kohlemangel ein Kohleüberschuß wurde. Viele Jahre verhielt sich Frankreich vertragstreu und nahm die saarländische Kohle ab, auch wenn man sie auf Halde schütten mußte.

In den französischen Kohlerevierern nahm man das nur mit Murren hin. Hinzu kam, daß Frankreich mit Hilfe von Subventionen die Preise für Saarkohle - trotz gewisser Preiszugeständnisse der Saarbergwerke - auf Weltmarktpreise hinunterschleusen mußte, so daß eine von Jahr zu Jahr größere Belastung des französischen Haushaltes entstand, was die französische Regierung schließlich im vergangenen Jahr veranlaßte, an die Bundesregierung mit der

Bitte heranzutreten, hier nach einer neuen Lösung zu suchen.

Eine neue Lösung wurde dabei für das Jahr 1972 in der Form gefunden, daß die Bundesrepublik einen Teil der Kosten übernimmt, die Frankreich beim Absatz der Saarkohle entstehen. Für das Jahr 1972 waren damit vorerst die Sorgen, die man sich bei den Saarbergwerken und auch bei den Bergleuten machte, genommen. An der Saar verfolgte man das französische Verlangen nach einer neuen Lösung deshalb mit großer Sorge, weil eine allzu starke Reduzierung des Frankreichgeschäftes viele Arbeitsplätze in Gefahr gebracht hätte, für die trotz der erfolgreichen regionalen Strukturpolitik der Bundesregierung nicht ausreichend Ersatz zur Verfügung gestanden hätte.

So sehr die französische Regierung Rücksicht auf die eigenen Kohlereviere nehmen muß, so sehr muß das auch die Bundesregierung bei künftigen Verhandlungen tun. Diese Verhandlungen sollen jetzt im Mai fortgesetzt werden. Dabei muß die Bundesregierung ihren französischen Verhandlungspartner wie auch bei den Verhandlungen im vergangenen Jahr deutlich darauf aufmerksam machen, welche wirtschaftlichen und auch sozialpolitischen Folgen eine Reduzierung des Frankreichgeschäftes für das Saarland hat, zumal die Saarbergwerke in der Vergangenheit ihre Investitionspolitik stets auch danach richteten, daß sie ja verpflichtet waren, mindestens ein Drittel ihrer Produktion auf alle Fälle nach Frankreich zu liefern.

Nun kann man unter guten Freunden über alles sprechen: Auch über abgeschlossene Verträge. Nur darf das dann nicht einseitig sein. Die französische Seite sollte bei solchen Verhandlungen nicht übersehen, daß es im Zusammenhang mit der Kohle für sie eine nach wie vor günstige Regelung im Saarvertrag gibt: die Verpachtung eines Teiles der Kohlefelder im Warndt. Auf Grund des Saarvertrages erhielten die staatlichen lothringischen Gruben das Recht, ohne jeden Pachtzins bis ebenfalls 1981 insgesamt 66 Millionen Tonnen Kohle auf deutschem Gebiet abzubauen. Selbst bei einem bescheidenen Pachtzins hätte Frankreich hier doch eine beträchtliche Summe zu zahlen.

Das alles muß mit in die Überlegungen einbezogen werden. Eine partnerschaftliche Regelung, bei der die beiderseitigen Interessen gewahrt werden, kann dann durchaus gefunden werden, zumal beide Seiten beachten müssen, daß die getroffene Regelung in knapp zehn Jahren sowieso ausläuft. (-/ex/16.5.1972/ks)

+ + +

## Das Werk von Kriminellen

---

### Zu den Bombenanschlägen in Frankfurt und Karlsruhe

Mit politischen Motivationen können die in den letzten Tagen erfolgten Bombenanschläge in Frankfurt, München und Karlsruhe nicht gerechtfertigt werden. Sie sind das Werk von kranken Phantasten, die zwar glauben, im Sinne abstrakter Gerechtigkeit handeln zu müssen, aber dabei ins Kriminelle abgeglitten sind. Bei uns in der Bundesrepublik herrschen nicht solche, das Gewissen herausfordernde Zustände wie in vielen Staaten Lateinamerikas und an anderen Ecken der Welt. Gewiß gibt es auch bei uns krasse Unzulänglichkeiten und grobe Ungerechtigkeiten; unsere Gesellschaft ist so, daß sie in weiten Bereichen der Verbesserung bedarf. Das eben versucht die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition zu erreichen. Die Ungerechtigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren bleibt eine ständige Aufgabe. Das Paradies auf Erden zu erreichen, jedoch nur ein Traum.

Terroristen und irregeleitete Fanatiker wollen von mühsamer Reformpolitik nichts wissen. Sie appellieren nicht an die Kraft der Vernunft, sie vertrauen mehr der Gewalt der Waffen. Sie handeln ohne jegliche Rücksichtnahme auf innen- und außenpolitische Folgen. Der heintückische Bombenanschlag auf Büros der USA-Armee in Frankfurt mit tödlichem Ausgang erfolgte offensichtlich auch zu dem Zweck, die USA-Einheiten zu verunsichern und ein Klima zu erzeugen, in dem dann der Ruf nach Abzug der USA-Truppen aus der Bundesrepublik in den USA eine stärkere Resonanz finden soll. Innenpolitisch leisten die äußersten, in den Anarchismus abgesunkenen Linken Vorschub für die äußerste Rechte und deren Anhang. Denn Terror erzeugt Gegenterror.

Hier hört jedes Verständnis auf. Dem politischen Verbrecher und Terroristen, auch wenn er sich mit dem Mantel des moralischen Rigorismus tarnt, muß mit der vollen Strenge des Gesetzes begegnet werden. Freilich muß er erst gefaßt worden sein. Hier erwächst dem Bundeskriminalamt im Zusammenwirken mit allen Länderbehörden eine Aufgabe, deren Lösung es sich nun mit aller Intensität widmen muß. (ac/ex/16.5.1972/ks)